

Der Kita-Streik zeigt, wie man Zwietracht ins Land säht

# Die Ellenbogen-Linke

Von Gerd Held

**D**er Streik an den Kindertagesstätten geht weiter, die erste Verhandlungsrunde hat gestern noch kein Ergebnis gebracht. Es ist ein kleiner Konflikt, aber offensichtlich soll hier von der Gewerkschaft Verdi beispielhaft vorgeführt werden, wie man in der Krise „Druck macht“. Dieser Arbeitskampf hatte von vornherein etwas Inszeniertes. Verdi hatte einen möglichen Verhandlungstermin gar nicht erst abgewartet, sondern schon vorher kurzerhand ein Scheitern der Verhandlungen erklärt, um schnell zum Streik zu kommen. Das Anliegen, ein Tarifvertrag zur betrieblichen Gesundheitsförderung, spricht nicht für einen solchen Parforceritt. Ohne Frage ist die Arbeit in den Kitas anstrengend, aber die Belastungen der Mitarbeiter sind nicht so plötzlich eingetreten, dass für eine sorgfältige Abwägung der Maßnahmen und der Kosten für Kommunen und Eltern keine Zeit mehr wäre. Da liegt der Verdacht nahe, dass hier im beginnenden Wahlkampf ein Anlass gesucht wurde, um öffentlichkeitswirksam „soziale Unruhe“ vorzuführen. An den Kindertagesstätten sollen die passenden Bilder dazu geliefert werden. In der Gewerkschaft Verdi gibt es manchen, der einen politischen Streik für eine gute Sache hält und dabei die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes – wie in Frankreich - in der Schlüsselposition sieht.

So wird ein begrenzter Konflikt künstlich angeheizt. Die Ellenbogen werden ausgefahren und sie treffen nicht diejenigen, die besonders stark sind, sondern die Schwächeren. Im Fall des Kita-Streiks sind es die berufstätigen Eltern. Sie wissen nicht, wie sie jetzt kurzfristig Betreuungen für ihre Kinder finden sollen. Oft sind sie gerade in der Krise in ihrem Betrieb besonders ge-

fordert und können nicht einfach zu Hause bleiben. So ist es nicht erstaunlich, dass in diesen Tagen auf Internetforen heftig zwischen Anhängern und Gegnern des Streiks gestritten wird. Manch ungerechtes Wort fällt, die Vorurteile auf beiden Seiten wachsen. Eine tiefe Erbitterung vieler Eltern ist unüberhörbar. Dieser Streik spaltet die arbeitende Mitte unseres Landes.

Die Arbeit mit Kindern sollte der Gesellschaft besonders viel wert sein, heißt es. Ein starkes Argument, ein gefährliches Argument. Will man wirklich behaupten, diese Arbeit sei wertvoller als das Herstellen von Brot, Automobilen oder Häusern? Ist sie „sozialer“ als die Arbeit von Verkäufern, Paketzustellern oder Rechtsanwältinnen? Jeder Beruf hat seine Leistung und seine Belastungen. Dieser Streik ist nicht der Kampf des allein selig machenden Arbeitszweiges im Lande. Wer mit dem besonderen sozialen Wert einer bestimmten Arbeit argumentiert, beansprucht die eigene Gruppe einen besonderen Schutzschirm. Er eröffnet einen ruinösen Verdrängungswettbewerb im Namen des „Sozialen“.

Bisher war die Kampagne gegen „die Banker“ oder „die Reichen“ graue Theorie. Nun, wo die Linke zur Tat schreitet, zeigt sich die wahre Natur ihres Anliegens. Die harten Verteilungskämpfe beginnen. Es beginnt eine neue Rücksichtslosigkeit, bei der derjenige zugreift, der sich am weitesten von der Krise entfernt fühlt. Die Zeche zahlen die gefährdeten Branchen und Berufstätigen. Während die einen ihre Forderungen noch durch zusätzliche Schulden finanzieren wollen, müssen die anderen hilflos zusehen, wie für ihre Unternehmen die Kredite immer unerreichbarer werden. Aber nicht nur die Schlüsselbranchen unseres Wohlstands zahlen die Zeche, sondern

auch die Kommunen. Die kommunalen Arbeitgeberverbände und der Deutsche Städtetag haben sich mit ungewöhnlicher Schärfe gegen den Kita-Streik gewandt. Zu recht. Die Kommunen stehen großenteils finanziell mit dem Rücken an der Wand. Auf kommunaler Ebene werden die Folgen einer grenzenlosen Schuldenwirtschaft am schnellsten spürbar. Was Verdi gewinnt, geht auf Kosten der anderen kommunaler Leistungen und Investitionen. Hier führt das „Druck machen“ der Linken zur Spaltung der gesamten Bürgerschaft. Vor ein paar Wochen, auf dem letzten Städtetag in Bochum, haben Redner der SPD und der

Grünen von einer neuen „kommunalwirtschaftlichen Gründerzeit“ geschwärmt, in der Versorgungsbetriebe in kommunale Hand überführt werden sollen. Jetzt zeigt der Kita-Streik die Pointe: Die Gründerzeit, die da – auf Pupp – veranstaltet würde, würde nur neue Begehrlichkeiten wecken. So gibt der Streik einen Vorgeschmack darauf, was unser Land erwartet, wenn in diesem Wahljahr 2009 das Motto „Die Andern sind schuld“ gewinnen sollte. Wir würden in einem Land aufwachen, in dem die Verteilungskämpfe regieren. Von den aggressiven SPD-Plakaten von heute grüßt schon der Spaltpilz von morgen.

*(Manuskript vom 27.5.2009, erschienen als Leitartikel in der Tageszeitung „Die Welt“ vom 28.5.2009)*